



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde  
am 23.02.2021, 18:00 Uhr,  
im Familiengarten Eberswalde, Stadthalle "Hufeisenfabrik",  
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

## TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 15.12.2020
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen
11. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
12. Genehmigung von Eilentscheidungen
13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

13.1. **Vorlage:** BV/0368/2021 **Einreicher/**

**zuständige Dienststelle:** Bürgermeister

**Resolution der Stadt Eberswalde zum Erhalt des Arbeitsgerichts Eberswalde**

- 13.2. **Vorlage:** BV/0355/2021 **Einreicher/**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
**Bebauungsplan Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“**  
**Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung**  
**Beschluss über die öffentliche Auslegung**
- 13.3. **Vorlage:** BV/0367/2021 **Einreicher/**  
**zuständige Dienststelle:** 02.21 - Referat für soziale Teilhabe und  
Integration  
**Aufhebung der "Richtlinie für die Gewährung eines 'Eberswalde-Passes'"**
- 13.4. **Vorlage:** BV/0380/2021 **Einreicher/**  
**zuständige Dienststelle:** 40 – Amt für Bildung, Jugend und  
Sport  
**Umgang mit Grundgebühren und Essengeld in der Corona-Pandemie**

#### **TOP 1:**

#### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr.

Herr Hoeck weist alle Anwesenden darauf hin, dass Teile der heutigen Stadtverordnetenversammlung per Livestream ins Internet übertragen, aufgezeichnet und im Nachgang unter dem Link [www.eberswalde.de/stvv-live](http://www.eberswalde.de/stvv-live) als Video auf der Internetseite der Stadt Eberswalde eingestellt werden. Gefilmt werden der Präsidiumsbereich und das Redepult. Wer sich in diesen Bereichen aufhält, erklärt sich konkludent mit der Übertragung, der Aufzeichnung und der nachträglichen Abrufbarkeit im Internet einverstanden. Beiträge von anderen Bereichen, insbesondere von den Tischmikrofonen aus, werden ohne schriftliche Einwilligungserklärung grundsätzlich nicht übertragen.

Des Weiteren teilt er mit, dass die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner, die Beschäftigten der Stadtverwaltung sowie die Vertreter der Presse grundsätzlich nicht gefilmt werden. Die Bild- bzw. Tonaufzeichnungen von Sitzungsteilnehmern, die nicht förmliche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind, dürfen nur nach Unterzeichnung einer schriftlichen Einwilligung ins Internet übertragen und aufgezeichnet werden. Entsprechende Formulare liegen beim Sitzungsdienst bereit. Liegt keine schriftliche Einwilligung vor, wird der Livestream zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte unterbrochen.

Herr Hoeck führt aus, dass er gemäß § 37 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg als Vorsitzender der StVV während der Sitzung unter anderem die Ordnung handhabt und das Hausrecht ausübt. In diesem Zusammenhang obliegt es ihm auch, gegebenenfalls zusätzliche Unterbrechungen des Mitschnitts zu veranlassen.

Des Weiteren teilt Herr Hoeck bezugnehmend auf die Information in der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2020 mit, dass Herr Reinhard Fischer mit Schreiben vom 01.12.2020 sein Mandat als Stadtverordneter zum 31.12.2020 niedergelegt hat und dass durch den Wahlleiter die Ermittlung der Ersatzpersonen entsprechend der Ersatzpersonenliste der Wahl Niederschrift über die Sitzung des Wahlausschusses der Stadt Eberswalde zur Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung erfolgte. Im Ergebnis dessen hat der Wahlleiter als Nachrücker Frau Monique Schostan und Herrn Winfried Bohn ermittelt, die ihm gegenüber schriftlich mitteilten, dass sie auf die Berufung als Ersatzperson verzichten. Daraufhin wurde als weiterer Nachrücker Herr Stefan Grohs ermittelt, der gegenüber dem Wahlleiter mit Schreiben vom 16.12.2020 erklärt hat, dass er die Berufung als Ersatzperson zum 01.01.2021 annimmt. Somit hat Herr Stefan Grohs gemäß § 51 in Verbindung mit § 60 Absatz 7 des Kommunalwahlgesetzes des Landes Brandenburg die Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung ab dem 01.01.2021 erworben.

Herr Hoeck begrüßt Herrn Stefan Grohs im Namen aller Stadtverordneten.

## **TOP 2:**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung (StVV) sind 31 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (**Anlage 1**).

## **TOP 3:**

### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 15.12.2020**

Herr Hoeck informiert, dass Herr Zinn am 19.02.2021 telefonisch nachstehende Einwendungen zur Niederschrift mitteilte:

1. auf Seite 7 unter TOP 7.1, 3. Anstrich müsste es anstatt „die Schließung des Landesbetriebes Straßenwesen“ „die Verlagerung des Landesbetriebes Straßenwesen“ heißen.

Eine Prüfung durch das Sachgebiet Sitzungsdienst ergab, dass diese Einwendung nicht korrekt ist, weil in der Sitzung von der Schließung des Landesbetriebes Straßenwesen gesprochen wurde.

2. auf Seite 19 unter TOP 14.4 wurde sein Wortbeitrag nicht vollständig wiedergegeben; aus diesem Grund bittet er, nach dem zweiten Satz folgenden Satz zu ergänzen:

„Wenn man sich nun die neuen Investoren anschaut, à la Potsdam vielleicht nennen wir es dann russische Kolonie à la Alexandrowka mit den schönen Holzhäusern, da würde doch Herrn Dr. Mai sein Herz richtig lachen oder wir nennen es Wohnviertel der deutsch-sowjetischen Freund-

schaft, weil bis 1990 waren ja viele Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion insbesondere der sowjetischen Armee auch zu Hause.“

Eine Prüfung durch das Sachgebiet Sitzungsdienst ergab, dass diese Einwendung korrekt ist und sein Wortbeitrag in der Niederschrift um den von ihm genannten Satz ergänzt wird.

3. auf Seite 28, unter TOP 14.10 müsste es korrekterweise „im Jahr 2018“ anstatt „im Jahr 2008“ heißen.

Nach einer Prüfung durch das Sachgebiet Sitzungsdienst und einer damit verbundenen Recherche im Internet stellte sich heraus, dass – obwohl Herr Zinn in der Sitzung „2008“ gesagt hat – korrekterweise „2018“ den Tatsachen entspricht. Aus diesem Grund wird die Korrektur der Niederschrift dahingehend vorgenommen.

Weitere Einwendungen wurden nicht vorgetragen.

#### **TOP 4:**

##### **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Hoeck teilt mit, dass die von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, CDU und FDP I Bürgerfraktion Barnim eingereichte Beschlussvorlage BV/0396/2021 „Online-Sitzungen wegen COVID 19 Infektionslage“ vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 2**).

Aufgrund der nicht fristgerechten Einreichung der Beschlussvorlage gemäß § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist die Eilbedürftigkeit durch einen der Einreicher der Beschlussvorlage gemäß § 1 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Stadt Eberswalde i. V. m. § 35 Absatz 2 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zu begründen.

Frau Oehler begründet im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Miteinreicher der Beschlussvorlage die Eilbedürftigkeit wie folgt:

Die Corona-Situation nicht nur in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, sondern auch im Landkreis Barnim beschäftigt sicherlich sehr viele von ihnen und so fällt ihr erster Blick am Morgen auf die aktuellen Corona-Zahlen in der Märkischen Oderzeitung, aus denen ein ganz klarer Trend zu erkennen ist, nämlich, dass die 7-Tage-Inzidenz im Landkreis Barnim in der Regel steigend ist und nur marginal – aber nie unter 50 – fällt. Dies ist aus ihrer Sicht sehr bedenklich, wenn man bedenkt, dass ein Wert von unter 35 angestrebt wird. Des Weiteren steht der Landkreis Barnim in der Statistik auf Platz 324 von 412 Landkreisen und kreisfreien Städten. Darüber hinaus teilt sie mit, dass der Landrat des Landkreises Barnim, Herr Daniel Kurth, im Kreisausschuss des Landkreises Barnim darüber informiert hat, dass im Landkreis Barnim überwiegend die Corona-Mutation aus Großbritannien nachzuweisen ist, was aufgrund der erhöhten Infektionsgefahr eine sehr negative Ausgangssituation unter Berücksichtigung der Verlässlichkeit der Präsenzsitzungen darstellt. Insofern möchten die einreichenden Fraktionen die Möglichkeit eröffnen, dass auch per Video-Übertragung die Teilnahme an Gremiensitzungen möglich ist. Frau Oehler weist darauf hin, dass es immer abgestimmt sein muss, es also keinen Freibrief für die Zukunft darstellt, sondern nur der momentanen und sehr bedenklichen Infektionslage im Landkreis Barnim angepasst ist.

Abstimmungsergebnis, ob die Beschlussvorlage Bestandteil der Tagesordnung werden soll:  
mehrheitlich zugestimmt

Herr Hoeck teilt mit, dass die Eilbedürftigkeit der Beschlussvorlage damit festgestellt wurde und dass die Beschlussvorlage als TOP 13.5 Bestandteil der Tagesordnung wird.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

## **TOP 5:**

### **Informationen des Vorsitzenden**

5.1 Herr Hoeck informiert, dass die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 18.01.2021 die Neubenennung von Ausschussmitgliedern und deren Stellvertretern entsprechend ihrem Vorschlagsrecht für folgende beratenden Ausschüsse mitgeteilt hat:

- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt
  - Ausschussmitglied: Herr Uwe Grohs
  - 1. Stellvertreter: Herr Stefan Grohs
  - 2. Stellvertreter: Herr Danko Jur
  - 3. Stellvertreter: Herr Dietmar Ortel
  
- Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration
  - Ausschussmitglied: Herr Dietmar Ortel
  - 1. Stellvertreter: Herr Danko Jur
  - 2. Stellvertreter: Herr Stefan Grohs
  - 3. Stellvertreter: Herr Uwe Grohs
  
- Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
  - Ausschussmitglied: Herr Dietmar Ortel
  - 1. Stellvertreter: Herr Danko Jur
  - 2. Stellvertreter: Herr Stefan Grohs
  - 3. Stellvertreter: Herr Uwe Grohs
  
- Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen
  - Ausschussmitglied: Herr Stefan Grohs
  - 1. Stellvertreter: Herr Uwe Grohs
  - 2. Stellvertreter: Herr Danko Jur
  - 3. Stellvertreter: Herr Dietmar Ortel
  
- Rechnungsprüfungsausschuss
  - Ausschussmitglied: Herr Danko Jur
  - 1. Stellvertreter: Herr Stefan Grohs
  - 2. Stellvertreter: Herr Uwe Grohs
  - 3. Stellvertreter: Herr Dietmar Ortel

Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass die CDU-Fraktion für den Hauptausschuss als Ausschussmitglied:

- |                     |                     |         |
|---------------------|---------------------|---------|
| Herrn Uwe Grohs     | sowie als           |         |
| 1. Stellvertreter : | Herrn Danko Jur     | als     |
| 2. Stellvertreter:  | Herrn Dietmar Ortel | und als |
| 3. Stellvertreter:  | Herrn Stefan Grohs  |         |

entsprechend ihrem Vorschlagsrecht benennt. Die Benennung kann auf der Grundlage des § 11 der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung vorgenommen werden.

5.2 Herr Hoeck teilt mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde für den Hauptausschuss als Ausschussmitglied:

- |                    |                           |         |
|--------------------|---------------------------|---------|
| Herrn Viktor Jede  | sowie als                 |         |
| 1. Stellvertreter: | Herrn Christian Mertinkat | und als |
| 2. Stellvertreter: | Herrn Ronny Hiekel        |         |

benennt. Die Benennung kann auf der Grundlage des § 11 der Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung vorgenommen werden.

5.3 Herr Hoeck informiert, dass Frau Gudrun Sailer mit Schreiben vom 18.12.2020 ihren Rücktritt aus dem Kulturbeirat der Stadt Eberswalde mit sofortiger Wirkung erklärte. Des Weiteren teilt er mit, dass Frau Angelika Röder mit Schreiben vom 01.02.2021 ihren Rücktritt aus dem Kulturbeirat der Stadt Eberswalde mit sofortiger Wirkung erklärte.

Herr Hoeck teilt mit, dass somit aktuell 7 von 18 Sitzen im Kulturbeirat der Stadt Eberswalde besetzt sind.

5.4 Des Weiteren informiert Herr Hoeck, dass angesichts eines postalischen Rücklaufes eines an Frau Anna-Maria Heß – Mitglied des Kulturbeirates – zugestellten Schreibens mit dem Vermerk „Briefkasten unbeschriftet“ eine Prüfung beim Einwohnermeldeamt vorgenommen wurde, die ergab, dass Frau Anna-Maria Heß aufgrund eines Wohnortwechsels nicht mehr Einwohnerin der Stadt Eberswalde ist. Somit kann Frau Heß nicht weiter als Mitglied im Kulturbeirat der Stadt Eberswalde fungieren, weil sie die Anforderungen gemäß § 19 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde nicht mehr erfüllt.

Herr Hoeck teilt mit, dass somit aktuell 6 von 18 Sitzen im Kulturbeirat der Stadt Eberswalde besetzt sind.

## **TOP 6:**

### **Einwohnerfragestunde**

Herr Hoeck gibt nachstehenden Hinweis:

In der Einwohnerfragestunde wird der Livestream aus datenschutz- und persönlichkeitsrechtlichen Gründen grundsätzlich unterbrochen, sofern die Fragenden keine schriftliche Einwilligungserklärung zur Übertragung ihres Tones unterzeichnet haben. Entsprechende Formulare liegen beim Sitzungsdienst bereit. Sofern Einwohner/-innen eine Einwilligungserklärung unterschrieben haben, geben diese der Technik bitte vor Beginn Ihres Redebeitrages den Hinweis: „Ich möchte übertragen werden.“

#### 6.1 Einwohnerin, Waldstraße, 16225 Eberswalde:

- bezieht sich auf einen Zeitungsartikel in der Märkischen Oderzeitung vom 13./14.02.2021 und teilt mit, dass sie sich bereits seit beinahe 30 Jahren bemüht, auf dem von ihrer Familie gepachteten Gartengrundstück an der Lieper Straße ein Haus zu errichten; sie führt aus, dass aufgrund ihres Alters nun ihr Sohn dieses Grundstück mit einem Mehrgenerationenhaus bebauen möchte und die Stadt Eberswalde zum wiederholten Male diese Kaufabsichten abschlägig beschieden hat; des Weiteren teilt sie mit, dass sie diesbezüglich bereits bei Herr Boginski vorgesprochen hat und seinen Ausführungen entnommen hat, dass ein Bieterverfahren auch ausgesetzt werden kann; sie führt aus, dass sie Kenntnis erlangt hat, dass in der Lieper Straße Festanlieger ihr Grundstück ohne Bieterverfahren und ohne Bauverpflichtung kaufen konnten, was in ihren Augen gar nicht geht; darüber hinaus teilt sie mit, dass bereits ihre Großmutter auf diesem Pachtgrundstück gewohnt habe und es sich hierbei um ein altes Behelfsheim handelt und ihre Familie nun seit Anfang bzw. Mitte der 1940er-Jahre dieses Gartengrundstück hat; sie führt aus, dass ihr Herr Boginski bei ihrem Termin im vergangenen Jahr mitgeteilt hat, dass ein Bieterverfahren ausgesetzt werden kann

#### 6.2 Einwohner, Tornower Straße, 16225 Eberswalde:

- teilt bezugnehmend auf die unter TOP 6.1 der heutigen Sitzung getätigten Ausführungen mit, dass seit nunmehr fünf Generationen dieses Gartengrundstück durch die Familie genutzt wird, wobei auch eine emotionale Bindung an diesem Grundstück entstanden ist; gleichwohl wird das Gartengrundstück für die soziale Integration von Familienmitgliedern genutzt, weil er den langjährigen Lebensgefährten seiner Mutter mit dem Pflegegrad 5 regelmäßig in den Garten und auch zur Wohnung wieder zurückbringt, was aufgrund der Ebenerdigkeit des Grundstückes gut realisierbar ist; so kann für den Lebensgefährten seiner Mutter soziale Teilhabe ermöglicht werden; aus diesem Grund ist es Anliegen seiner Familie, dieses Grundstück zu erwerben und ein Haus zu errichten, um dieses Familienmitglied die soziale Teilhabe weiterhin ermöglichen zu können

Herr Boginski teilt bezugnehmend auf die Ausführungen unter TOP 6.1 und TOP 6.2 mit, dass beim angesprochenen Termin mit den Einwohnern auch die Amtsleiterin des Liegenschaftsamtes der Stadt Eberswalde zugegen war. Bei diesem Termin wurde den Betroffenen ausführlich erläutert, dass im Jahr 2009 ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (StVV) zur Änderung des Flächennutzungsplanes gefasst wurde, der beinhaltet, dass das betroffene Gebiet als Wohngebiet ausgewiesen und dementsprechend eine Arrondierung bzw. Neusortierung der Flächen vorzunehmen ist. Er macht deutlich, dass die Grundstücke seit dem Jahr 2009 ausschließlich im Bieterverfahren verkauft und lediglich kleinere Arrondierungsgrundstücke – die eine minimale Größe aufweisen – ohne Bieterverfahren verkauft werden. Grundsätzlich verhält es sich bei dem von den Einwohnern angesprochenen Grundstück so, dass der bestehende Pachtvertrag bleibt und keine Änderungen vorgenommen werden. Sollte nach Ablauf der vertraglich festgelegten Laufzeit der Pachtvertrag geändert werden, wird das Grundstück in einem Bieterverfahren ausgeschrieben, im Rahmen dessen alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde die Möglichkeit haben, sich als mögliche Käufer zu bewerben. Herr Boginski teilt mit, dass dieser Sachverhalt den Betroffenen bereits in einem Gespräch erläutert wurde.

### 6.3 Einwohner, Pappelallee, 16227 Eberswalde:

- teilt bezogen auf die Thematik „Sperrung der motorisierten Schwärzesee-Zufahrt“ mit, dass es im Spätsommer des vergangenen Jahres eine Beratung zwischen den Vertretern der Stadtverwaltung Eberswalde, der Polizei und des Landesbetriebes Forst Brandenburg zu den Zuständen am Parkplatz Schwärzesee gab; des Weiteren führt er aus, dass er erst am 19.12.2020 einen in der Märkischen Oderzeitung veröffentlichten Artikel gelesen hat, aus dem entnommen werden konnte, dass mit Wirkung vom 01.01.2021 die Zufahrt zum Schwärzesee für den privaten Kraftfahrzeugverkehr gesperrt wird und dass der Landesbetrieb Forst Brandenburg beabsichtigt, den dort vorhandenen Parkplatz zurückzubauen und zu renaturieren, was bedeutet, dass er im Frühjahr 2021 mit Bäumen bepflanzt werden soll; als Grund wurde die Nichteinhaltung der durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg eindeutig vorgegebenen Verhaltensregeln in diesem Naturschutzgebiet genannt; es ging darum, dass die Parkzeit von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr nicht eingehalten, dort illegal gecamp, trotz Waldbrandgefahrenstufen vor Ort gegrillt und wilde nächtliche Partys veranstaltet wurden; außerdem hielten sich viele Hundehalter nicht an die vorgegebene Leinenpflicht, was dazu führte, dass ältere Besucherinnen und Besucher und auch Familien mit Kindern sich sehr gefährdet fühlten; er führt aus, dass dieses Verbot all diejenigen trifft, die aus unterschiedlichen Gründen den See motorisiert erreichen wollen, wie z. B. Senioren, die ein hartes Arbeitsleben hinter sich haben und die Strecke zum Schwärzesee nicht mehr mit dem Fahrrad bewältigen können oder auch zum Teil Familien mit kleinen Kindern; der Einwohner macht deutlich, dass auch ihm die Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit rund um das Naturschutzgebiet Nonnenfließ-Schwärzetal sehr am Herzen liegt; nichtsdestotrotz bezweifelt er, dass das Kraftfahrzeugverbot und die Beseitigung des Parkplatzes die Probleme lösen werden, denn auch Radfahrer können weiterhin am Schwärzesee Campen, Grillen und Partys feiern; basierend darauf stellt sich für ihn die Frage, ob es wirklich sein kann, dass wegen einiger weniger Störenfriede eine große Anzahl an Menschen – die sich an die vorgegebenen Verhaltensregeln halten – ausgegrenzt werden; er ist der Ansicht, dass der Landesbetrieb Forst Brandenburg unbedingt Unterstützung seitens der Stadtverordneten benötigt, um die Ordnung dort umsetzen und den Naturschutz gewährleisten zu können; hier ist jegliches Ressortdenken falsch, da es hier um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde geht; in diesem Zusammenhang teilt er mit, dass nach der Wende viele stadtnahe Badegewässer, wie z. B. der Mäckersee, die Badeanstalt am Finowkanal und die vielen ehemaligen Tongruben verloren gegangen sind und dass bereits vier Zufahrten zum Schwärzesee gesperrt worden sind; er macht noch einmal deutlich, dass es ihm und vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern um den Erhalt der Zufahrt geht und bittet sowohl die Stadtverwaltung als auch die Stadtverordneten, gemeinsam mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg zu kooperieren

Herr Hoeck beendet die Einwohnerfragestunde um 18:25 Uhr.

## TOP 7:

### Informationen aus der Stadtverwaltung

#### 7.1 Herr Boginski:

- teilt bezogen auf die aktuelle Corona-Pandemie mit, dass es in dieser Zeit notwendig ist, dass wir diese Thematik immer wieder in den Fokus rücken und dankt allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Eberswalde für das aufgebrachte Verständnis der derzeit notwendigen Maßnahmen – die für jeden diverse Einschränkungen bedeuten – und für die Mitgestaltung in der Stadt Eberswalde; des Weiteren dankt er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Eberswalde und teilt mit, dass keiner in irgendeiner Form festgestellt hat, dass der Verwaltungsbetrieb auf Null gefahren bzw. dass bestimmte Anliegen von Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bearbeitet worden wären; alle Servicedienste laufen vielmehr weiter, lediglich könne es aufgrund der einzuhaltenden Corona-Regeln zu verlängerten Wartezeiten kommen; sein besonderer Dank gilt dem Bürgeramt der Stadt Eberswalde sowie der hervorragenden Arbeit in den Kita-, Hort- und Schuleinrichtungen; des Weiteren informiert Herr Boginski, dass alle geplanten Baumaßnahmen weiterhin vorbereitet, organisiert und ausgeschrieben werden; darüber hinaus informiert er, dass bereits an der Vorbereitung und Planung von Veranstaltungen – sofern diese wieder möglich sind – in der Stadt Eberswalde gearbeitet wird; in Bezug auf die Impfthematik in der Stadt Eberswalde teilt Herr Boginski mit, dass sich der Landrat des Landkreises Barnim auch hier sehr engagiert für seinen Landkreis einsetzt, was sich in den regelmäßigen Videokonferenzen erkennen lässt; nichtsdestotrotz gibt es auch in dieser Phase Anfeindungen sowohl gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch untereinander, die es zu kompensieren gilt; Herr Boginski hebt besonders hervor, dass die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler sowie die Gastronominnen und Gastronomen besonders unter dieser Situation zu leiden haben und führt aus, dass diese für die beschlossenen Hilfspakete besonders dankbar sind; dennoch sollten wir uns Gedanken machen, wie wir dort als Kommune noch einmal nachjustieren können, wenn wir auch nach der Corona-Pandemie noch Einzelhandel und Gastronomie in der Stadt Eberswalde haben wollen; er informiert, dass die durch die Stadtverordneten beschlossenen Hilfen bei den Betroffenen ankommen und die Fördermittelbescheide – wie bereits aus der Presse erkennbar – an die Händler, Gastronomen und Institutionen sowie den Ehrenamtlichen in der Stadt Eberswalde übergeben werden
- bezieht sich auf die Ausführungen unter TOP 6.3 der heutigen Sitzung und teilt mit, dass er dem Einwohner für sein Engagement sehr dankbar ist und dass er auch festgestellt hat, dass die unhaltbaren Zustände am Schwärzensee zugenommen haben; wie bereits im Hauptausschuss (HA) am 18.02.2021 mitgeteilt, bevorzugt er effizientes Handeln und so plädierte er dafür, ersteinmal zu analysieren, um auf dieser Grundlage entsprechende Lösungen herbeiführen zu können; er informiert, dass er in den letzten Wochen diesbezüglich viele Gespräche mit Vertretern des Landesbetriebes Forst Brandenburg sowie dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg geführt hat, die in diesen Gesprächen ihre Probleme dargelegt und ein Konzept vorgestellt haben, wie sie zukünftig mit der Problematik umgehen werden; das Baden im Schwärzensee wird weiterhin möglich sein; des Weiteren informiert er, dass er zur Thematik diverse Gespräche mit der Polizei, dem Ordnungsamt und dem Bauhof der Stadt Eberswalde geführt hat; Herr Boginski macht deutlich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofes und des Ordnungsamtes sowie die Kollegen der Polizei dort seit nunmehr einigen Jahren aktiv beteiligt sind, indem z. B. vor Ort Kontrollen durchgeführt werden und im Sommer fast täglich der Müll be-

seitigt wird; trotz alledem hat sich der Zustand in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert; Herr Boginski merkt an, dass es aktuell nicht mehr damit getan ist, ein Bußgeld seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes oder der Polizei zu verhängen, weil sie in diesem Zusammenhang den ständigen Pöbeleien von Personen, die sich nicht an die geltenden Verhaltensregeln halten, ausgesetzt sind; des Weiteren nennt Herr Boginski den Park am Weidendamm, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofes im Sommer tagtäglich den hinterlassenen Müll wegräumen und darüber hinaus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes jeden Abend versuchen, Streitereien zu schlichten und deeskalierend einzugreifen; er teilt mit, dass ihn ein Schreiben einer Einwohnerin erreicht hat und zitiert einige Auszüge: „Solche naturbelassenen Waldseen gibt es im Landkreis Barnim u. a. bei Oderberg, Joachimsthal und Biesenthal. Familien mit Kindern, die einen Tag oder mehrere Stunden am Wasser verbringen wollen, fahren eher an die großen Seen unseres Landkreises, in meinem Freundeskreis wird der Parsteinsee favorisiert, meine Tochter hat das Schwimmen im Werbellinsee erlernt. Mir liegt viel daran, diesen idyllischen See als Kleinod für den Badebetrieb und Autoverkehr zu erhalten. Ich finde es bedauerlich, dass der See zunehmend von Bürgerinnen und Bürgern besucht wird, die genau das nicht im Sinn haben. Von daher finde ich die Entscheidung der Landesforst Oberförsterei Chorin richtig und nachvollziehbar. Wenn das forstliche Anliegen nur Erholung des Bestandes, Umbau des Waldes und Erhaltung der Gewässer am Rande eines Naturschutzgebietes durch Lärm und wildes Campen gefährdet ist, sind Konsequenzen notwendig. Die Behörde hat den Parkplatz gesperrt, jedoch älteren und behinderten Personen angeboten, einen Erlaubnisschein zum Befahren des Waldweges auszustellen. Damit dürften alle Seiten befriedet sein. Einen Vor-Ort-Termin – wie er kürzlich stattfand – war nicht notwendig und vertane Zeit für einen Bundestagsabgeordneten und geladene Gäste.“; er macht deutlich, dass das Finden einer geeigneten Lösung keinesfalls einfach ist, aber alle Beteiligten daran arbeiten, einen guten Kompromiss zu finden, aber dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird; er informiert, dass ihm der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, Herr Axel Vogel, in einem Gespräch signalisierte, dass er sich gut vorstellen könnte, hier einen Moderationsprozess vorzunehmen; Herr Boginski führt aus, dass Herr Vogel in seinen Augen als oberster Chef der Forstbehörde hierfür ausgesprochen gut geeignet ist und dass er vermutet, dass die Bundestagsabgeordneten weitaus größere Probleme im Nordosten Brandenburgs insgesamt zu klären haben; Herr Boginski betont, wie wichtig es ihm ist, dass wir allen klarmachen, dass die Stadt Eberswalde gemeinsam mit der Oberförsterei und der Polizei versucht, Möglichkeiten und Lösungen zu finden und das Baden am Schwärzensee so angenehm wie möglich zu machen

- teilt zur Thematik „Finowkanal“ mit, dass der Pressemitteilung des Landkreises Barnim zu entnehmen war, dass die Finanzierung der 41,6 Mio. Euro Investitionskosten für dieses Projekt gesichert ist, um den ersten Teil der Schleusen sanieren zu können; davon trägt der Bund 20,8 Millionen Euro und 19,7 Millionen Euro werden im Rahmen eines Zuwendungsbescheides durch die Investitionsbank des Land Brandenburgs (ILB) bewilligt; somit verbleibt für die Kommunen eine überschaubare Summe in Höhe von 1,1 Mio. Euro; hierfür spricht er gegenüber dem Landrat des Landkreises seinen Dank aus
- informiert, dass die Stadt Eberswalde eine Kooperationsvereinbarung zwischen den regionalen Wachstumskernen Schwedt/Oder und Eberswalde im Dezember 2020 unterzeichnet hat; die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Frau Schneider, hatte dies in einer gemeinsamen Konferenz angeregt, an der er und Herr Prof. Dr. König teilgenommen ha-

ben; er macht deutlich, dass er es als besonders wichtig erachtet, dass die beiden Industriemotoren des Nordostens Brandenburgs sich hier verbinden und gemeinsam unter dem Titel „Innovationskorridor Berlin-Stettin“ zusammenarbeiten und kooperieren

- teilt mit, dass am heutigen Tage (23.02.2021) die Stadt Eberswalde den bestehenden Kooperationsvertrag mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) novelliert hat; in diesem Zusammenhang dankt er Herrn Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson für die langjährige gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Eberswalde und der HNEE

#### 7.2 Herr Prof. Dr. König:

- teilt mit, dass in dieser Woche der Wechselunterricht an den Schulen begonnen hat und dass in den städtischen Schulen keinerlei Probleme – aufgrund der guten Vorbereitung – aufgetreten sind; bestehende kleinere Anlaufschwierigkeiten werden in den kommenden Tagen überwunden sein, so dass in den Schulen – in Zusammenarbeit mit den Eltern – ein geregelter Ablauf erfolgen wird
- teilt bezugnehmend auf seine Ausführungen im öffentlichen Teil des HA am 18.02.2021 unter TOP 7.2, 3. Anstrich mit, dass die Corona-Schnelltests vorliegen, so dass ab dem morgigen Tage (24.02.2021) angefangen wird, die Schnelltests durchzuführen
- informiert, dass es in den Kita-Einrichtungen immer noch regelmäßig zu Vorkommnissen kommt, so dass ein Teil der Kita „Kinderparadies Nordend“ bis zum 05.03.2021 geschlossen bleibt; davon betroffen sind 20 Kinder und zwei Erzieher der Einrichtung; für alle Übrigen kann der Betrieb in dieser Einrichtung weiterlaufen, was aufgrund der vorgenommenen räumlichen Trennung möglich ist
- er teilt mit, dass die Impfstrategien sowohl in den Kita-Einrichtungen als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Ordnungsamtes umgesetzt werden, so dass die Stadt Eberswalde auch ihrer Fürsorgepflicht für ihre Angestellten nachkommt

#### 7.3 Herr Berendt:

- informiert, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie in vielen Bereichen spürbar sind und dass dies auch für den Bereich der Haushaltsplanung der Stadt Eberswalde gilt; er führt aus, dass viele neue Aspekte im vergangenen Jahr hinzugekommen sind und die Verwaltung nun vor dem Erfordernis steht, einen entsprechenden Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2020/2021 auf den Weg zu bringen; er teilt mit, dass die Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung in die politischen Gremien im März 2021 vorgesehen ist
- teilt mit, dass die Planung für den bevorstehenden Haushalt 2022/2023 begonnen und dass er im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF) am 16.03.2021 darüber informieren wird, wie sich die Verwaltung das weitere Vorgehen mit der Haushaltsplanung 2022/2023 insgesamt vorgestellt hat

#### 7.4 Herr Prescher:

- informiert, dass sich der Entwurf für eine Benennungssatzung verwaltungsintern in der Beratung befindet und in Kürze an die Fraktionen als Diskussionsgrundlage weitergeleitet wird

### **TOP 8:**

#### **Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

## **TOP 9:**

### **Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

#### 9.1 Frau Blum:

- teilt mit, dass aufgrund des schönen Wetters der Besucheransturm am Eberswalder Zoo sehr hoch war, so dass sich lange Besucherschlangen vor dem Eingang des Zoos gebildet haben; sie führt aus, dass sie froh ist, dass im Zoo die Maskenpflicht besteht, so dass man davon ausgehen kann, dass sich kein Besucher mit Corona anstecken konnte; in diesem Zuge fragt sie, warum bisher noch nicht daran gearbeitet wurde, den Online-Ticket-Verkauf einzuführen, um einen solchen Stau verhindern zu können; des Weiteren berichtet sie, dass ähnliche Zustände im Park am Weidendamm festgestellt werden konnten – da davon auszugehen ist, dass dieser Zustand weiterhin anhalten wird, fragt sie an die Verwaltung gerichtet, ob es Möglichkeiten gäbe, diese zentrierten Punkte etwas aufzulösen, indem man eventuell in Betracht zieht, den Familiengarten etwas früher zu öffnen, um den Bürgerinnen und Bürgern ein bisschen mehr Anlauffläche bieten zu können; sie teilt mit, dass angesichts der derzeitigen Lage im Landkreis Barnim große Menschenmengen in ihren Augen wenig förderlich sind, um den Tagesinzidenzwert zu senken

Herr Boginski merkt vorab an, dass er gerade digital im Kontakt mit Frau Fellner steht und weist darauf hin, dass die Zuschauer des Livestreams – sofern die Stadtverordneten nicht an das Redepult treten – die Fragen an die Verwaltung nicht hören können und bittet die Stadtverordneten, wenn sie wollen, dass auch die Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams ihre Fragen verfolgen können, diese vom Redepult zu stellen. Aus diesem Grund fasst Herr Boginski die Frage von Frau Blum noch einmal kurz zusammen, um sicherzustellen, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer den Zusammenhang verstehen können. Herr Boginski teilt bezogen auf die Anfrage mit, dass die Thematik „Online-Ticket-Verkauf“ sowohl für den Zoo als auch für den Familiengarten der Stadt Eberswalde bereits im HA am 18.02.2021 thematisiert wurde. Er führt aus, dass er dieses Thema mitnehmen und gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern intensiv diskutieren wird, um eine Lösung zu finden. Des Weiteren teilt er mit, dass er am vergangenen Wochenende permanent mit Herrn Dr. Hensch in Verbindung gestanden hat und dieser am Montagmorgen sofort im Rathaus war, um über den Ablauf des Wochenendes zu berichten. In diesem Gespräch hat Herr Dr. Hensch ihm versichert, dass die Besucherinnen und Besucher sich durchgängig an die Abstands- und Hygieneregeln gehalten haben. In diesem Zuge informiert er, dass der Familiengarten vorerst noch nicht geöffnet werden darf, was er sehr bedauert. Aus diesem Grund teilt er mit, dass wir vorerst damit leben müssen, dass der Zoo auch an den nächsten Wochenenden einem enormen Zuspruch ausgesetzt sein wird. Bezugnehmend auf den Park am Weidendamm teilt Herr Boginski mit, dass man hier nur an die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger appellieren und nochmals darauf hinweisen kann, die geltenden Abstands- und Hygieneregeln zu beachten.

#### 9.2 Herr Lux:

- bezieht sich auf die Ausführungen unter TOP 6.3 und 7.1 der heutigen Sitzung bezüglich der Thematik „Parkplatz Schwärzensee“ und teilt mit, dass nicht nur der Bürgermeister viele Gespräche geführt hat, sondern auch die Fraktion SPD I BFE teilweise gemeinsam mit dem Bür-

germeister; er bestätigt die Aussage von Herrn Boginski, dass die zugegangenen Stellungnahmen teilweise sehr unterschiedlich sind, was ihn bei dieser Thematik auch nicht sehr verwundert, weil sich hierbei zwei grundverschiedene Pole gegenüberstehen und zwar, wie Naturnutz mit Naturschutz sinnvoll in Einklang gebracht werden kann; Herr Lux merkt an dieser Stelle an, dass die Dynamik, die im vergangenen Jahr entstanden ist, ein Stück weit coronageprägt ist; des Weiteren macht er deutlich, dass er dafür Verständnis hat, dass die Menschen die wenigen Möglichkeiten, die sie momentan in der Pandemie haben, schützen wollen, um ein Stück Freiheit zu behalten und diese auch genießen zu können; ferner macht Herr Lux darauf aufmerksam, dass es nicht sein kann, dass sämtliche Verantwortung für derartige Konflikte ausschließlich auf die staatlichen Institutionen abgeladen werden und ist auch der Ansicht, dass es sowohl der Landesbetrieb Forst Brandenburg als auch die Stadt Eberswalde alleine nicht schaffen werden; für das Finden von geeigneten Lösungen ist zum einen die Zusammenarbeit aller erforderlich und zum anderen die aktive Beteiligung vor Ort, wie z. B. in Form von Zivilcourage; aus diesem Grund appelliert er an alle Bürgerinnen und Bürger sich der Zivilverantwortung anzunehmen und merkt an den Bürgermeister gerichtet an, dass ihm die Idee aufkommt, dass man gesellschaftliche Kräfte vereinbaren könnte, die sich dann in der Folge auch hierfür verantwortlich fühlen; abschließend teilt Herr Lux mit, dass die Fraktion SPD | BFE auch die Belange des Naturschutzes sieht und er froher Hoffnung ist, dass eine Kompromisslösung hierfür gefunden wird, auch wenn diese Verhandlungen vielleicht nicht in der Öffentlichkeit geführt, sondern in den Arbeitsgremien besprochen werden

### 9.3 Herr Zinn:

- nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Boginski unter TOP 7.1, 2. Anstrich der heutigen Sitzung zur Thematik „Schwärzeseesee“ und teilt mit, dass er diese bereits im HA am 18.02.2021 im Rahmen der Einwohnerfragestunde aufgeworfen hat, was seines Erachtens in der Presse sehr missdeutlich wiedergegeben wurde; er stellt klar, dass er gesagt hat, dass der Landesbetrieb Forst Brandenburg mit dem „großen Kino“ da war und die Stadtverwaltung nicht da war; Herr Zinn macht deutlich, dass das „große Kino“ auf den Landesbetrieb Forst Brandenburg bezogen war, weil dieser mit allen drei Leitungsebenen des Landesforstwaldes sowie der Oberförsterei präsent waren
- erkundigt sich – wie bereits in der StVV am 15.12.2020 unter TOP 10.1, 3. Anstrich der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung angesprochen – nach dem Sachstand zum Mietspiegel der Stadt Eberswalde, weil ihn weder eine Reaktion aus dem kommunalpolitischen Raum noch aus der Verwaltung erreicht hat; aus diesem Grund fragt er, wann sich die Verwaltung intensiv mit dem Mietspiegel beschäftigen wird

Herr Berendt teilt – wie bereits informiert wurde – mit, dass gemeinsam festgestellt wurde, dass zunächst die Situation in der Stadt Eberswalde analysiert wird. Diese Analyse sollte in Form einer Wohnungsmarktanalyse durchgeführt und vorangestellt werden, um dann die weitere Frage zum weiteren Umgang mit einem Mietspiegel beantworten zu können. Der aktuelle Stand der Wohnungsmarktanalyse ist, dass diese beauftragt ist, aber noch keine Ergebnisse vorliegen.

- teilt mit, dass ihm zum wiederholten Male im HA aufgefallen ist, dass, wenn Fragen zu Beschlussvorlagen aufkommen, die aus dem Bereich des Bürgermeisters kommen, diese dann nicht beantwortet werden können; als Beispiel hierfür nennt Herr Zinn, dass nicht ausreichend

informiert werden konnte, ob Vergabemindestlohn oder allgemein gesetzlicher Mindestlohn gezahlt wird; er würde sich wünschen, dass hier zukünftig eine genauere Absprache bzw. Einigung stattfinden würde; Herr Zinn führt aus, dass die Zentrale Vergabestelle der Stadt Eberswalde mitgeteilt hat, dass man bei Vergaben lediglich eine Erklärung abgeben muss, dass der Vergabemindestlohn gezahlt wird; eine Prüfung hierzu findet anscheinend nicht statt; in diesem Zusammenhang teilt Herr Zinn mit, dass er sich von den Fraktionen SPD | BFE und DIE LINKE. mehr Intervention gewünscht hätte und dass man diesen Sachverhalt genauer hinterfragt, weil seines Erachtens hier arbeitslose Personen für eine kurze Zeit eingestellt werden und dann nach außen hin erklärt wird, dass man den Mindestlohn zahlt

- bezieht sich auf die Kultur in Eberswalde und teilt diesbezüglich mit, dass wir uns hierbei hoch und runter bewegen und privilegierte Kultur jeden bzw. jeden zweiten Tag in der Märkischen Oderzeitung lesen können, aber, dass über die Sporttreibenden in den Sportvereinen wenig gesprochen wird; er berichtet, dass er am heutigen Tag von Mitgliedern eines Sportvereines angesprochen wurde und diese ihm mitteilten, dass sie ständig Mitgliedsbeiträge zahlen müssten und es zu keinem Angebot der Reduzierung des Beitrages vom Sportverein selbst komme; aus diesem Grund schlägt er vor, diese Problematik in den Fachausschüssen zu diskutieren

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass er gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) im Ausschuss darüber informiert hat, dass die Verwaltung Kontakt zu den Sportvereinen aufnehmen wird und dass, wenn es dort Unterstützungsmaßnahmen gibt, diese über die Sportförderrichtlinie abgedeckt werden und im Ausschuss dann über das Ergebnis berichtet wird, was auch getan wurde. Des Weiteren informiert Herr Prof. Dr. König, dass man sich bezüglich der Zahlung der Mitgliedsbeiträge bereits mit den Sportvereinen in Verbindung gesetzt hat und dass im ABJS am 08.03.2021 bereits Förderungen insbesondere Mitgliedsförderungen in die Tagesordnung mit aufgenommen wurden, in denen dann gemeinsam auch andere Problemlagen eruiert werden können.

- bezugnehmend auf die Ausführungen zur Thematik „Schwäzeseesee“ der heutigen Sitzung hätte er sich gewünscht, wenn man im Spätsommer eine Beratung anberaumt hätte, in der die Verwaltung über diesen Sachverhalt informiert hätte und dass die Thematik in den Fachausschüssen genau diskutiert worden wäre; des Weiteren teilt er mit, dass er die Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten als sehr konstruktiv wahrgenommen hat und dass diese Veranstaltung nicht durch Stadtverordnete sondern durch ein Mitglied der CDU-Partei initiiert worden ist
- möchte wissen, ob sich 50Hertz Transmission GmbH von der Stadtverwaltung Eberswalde freikaufte und fragt diesbezüglich an die Verwaltung gerichtet, wann eine offizielle Beschlusslage im zuständigen Fachausschuss vorliegen wird und wann man sich zum aktuellen Sachstand der Freileitung bzw. Erdverkabelung verständigen möchte; er macht deutlich, dass seines Erachtens in der Pressemitteilung ein ganz anderer gerichtlicher Stand kommuniziert wurde, als das, was man im nicht öffentlichen Teil des HA am 21.01.2021 wahrnehmen konnte; des Weiteren bittet er an die Verwaltung gerichtet, dass man die Einwohnerinnen und Einwohner transparent darüber informiert

#### 9.4 Herr Walter:

- fragt, ob die Fragen, die die Stadtverordneten von ihrem Platz aus stellen, nicht im Livestream übertragen werden

Herr Hoeck bejaht dies und teilt mit, dass nur die Wortbeiträge übertragen werden, die vom Redepult aus erfolgen.

Darauf bezogen teilt Herr Walter mit, dass er aufgrund der regelmäßig vorzunehmenden Desinfektion nach jedem Redner erst einmal auf den Gang zum Redepult verzichtet.

- teilt bezüglich der Ausführungen von Herrn Zinn unter TOP 9.3 der heutigen Sitzung mit, dass wenn er Kritik äußert oder in den Raum stellt, dass Auftragnehmer der Stadt Eberswalde Arbeitslose oder sonst dergleichen nicht zum Mindestlohn oder sonst wie bezahlen würde, er Herrn Zinn bitten würde, diese Vorwürfe möglichst konkret zu machen, so dass die Stadtverordneten, dass nicht nur hören, sondern auch verstehen und dementsprechend nachgehen können; er macht deutlich, dass es dann nämlich in der Zuständigkeit von staatlichen Institutionen liegt, wie z. B. dem Zoll; des Weiteren teilt Herr Walter mit, dass er Herrn Zinn beruhigen kann, weil gerade im Landtag des Landes Brandenburg die Diskussion zur Novellierung des Vergabegesetzes erfolgt und dass die Fraktion DIE LINKE. eine Tariftreuebindung im Vergabeverfahren fordert; ferner macht er deutlich, dass er sich über die Unterstützung von Herrn Zinn diesbezüglich sehr freuen würde
- bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Berendt unter TOP 7.3, 1.Anstrich der heutigen Sitzung zur Thematik „Nachtragshaushalt“ und fragt, ob schon etwas zum finanziellen Umfang des Nachtragshaushaltes gesagt werden kann; er macht deutlich, dass es ihn schon sehr überrascht hat, dass nunmehr ein Nachtragshaushalt beschlossen werden soll

Herr Berendt teilt mit, dass hier eine Differenzierung von Erträgen, Aufwendungen und Investitionen erfolgt. So umfasst der städtische Haushalt ein Defizit von ca. 1,8 Mio. Euro bei den Erträgen und bei den Aufwendungen rund 2,4 Mio. Euro. Diese basieren mitunter z. B. auf Veränderungen bei den Bescheiden, bei den Schlüsselzuwendungen etc.. Wie sich die Summen im Einzelnen zusammensetzen wird noch gemeinsam mit den Stadtverordneten erörtert werden. Herr Berendt informiert, dass es bei den Investitionen ein geringes Defizit im Bereich der IT geben wird, weil das, was im Bereich Homeoffice organisiert wurde – nämlich dass über einen VPN-Tunnel gearbeitet wird – aufgrund des hohen Datentransfers durch einen virtuellen Desktop ersetzt werden soll. Dieser virtuelle Desktop umfasst einen Kostenaufwand von rund 20.000,00 Euro.

#### 9.5 Herr Jede:

- bezieht sich auf den Livestream, der in der heutigen Sitzung zum ersten Mal erfolgt, und fragt warum die StVV nicht auf den sozialen Medien übertragen wird und wie hoch die Kosten für den heutigen Livestream sind; ferner fragt er, ob eine technische Erweiterung geplant ist und teilt mit, dass er glaubt, dass es für die Zuschauerinnen und Zuschauer interessanter ist, wenn man den einen oder anderen auch sehen könnte

#### *Nachrichtliche Anmerkung:*

*Aus datenschutzrechtlichen Gründen wird der Livestream nur auf der Internetseite der Stadt Eberswalde und nicht über soziale Netzwerke übertragen. Über eine Erweiterung der Kameraperspektiven müssten zunächst die Stadtverordneten entscheiden; eine entsprechende Beschlussvorlage ist für die StVV am 23.03.2021 geplant; die Frage nach den Kosten wurde im nichtöffentlichen Teil beantwortet.*

#### 9.6 Herr Uwe Grohs:

- teilt mit, dass er Frau Blum sehr dankbar ist, dass sie seine Frage aus dem HA am 18.02.2021 bezüglich des Online-Ticket-Verkaufes im Zoo und Familiengarten Eberswalde aufgegriffen hat; er berichtet, dass diese Frage im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage BV/0374/2021 „Vergabe der Kassendienstleistungen im Familiengarten Eberswalde“ aufgekomen ist; er vermutet, dass die von der Verwaltung gegebene Antwort nicht alle zufrieden gestellt hat, weil es tatsächlich am letzten Wochenende im Zoo Eberswalde wahnsinnig schwer war, die geltenden Abstandsregeln einzuhalten; als Beispiel hierfür nennt Herr Grohs Familien mit Kindern, die dort nicht eine Stunde auf der gleichen Stelle stehen; des Weiteren teilt Herr Grohs mit, dass er der Meinung ist, dass man dieses Problem nicht vor sich herschieben sollte, sondern tatsächlich die Schlussfolgerung aus dem letzten und den zukünftigen Wochenenden ziehen sollte; er macht deutlich, dass davon auszugehen ist, dass sich an den nächsten Wochenenden bei gutem Wetter das gleiche abspielen wird, weil die Menschen raus in die Natur wollen; ferner merkt er an, dass es gut wäre, an einer kurzfristigen Lösung zu arbeiten; sollte dies nicht möglich sein, müsste eine Information erfolgen, warum es in beiden Einrichtungen nicht möglich ist, Online-Tickets erwerben zu können

#### 9.7 Herr Zinn:

- teilt bezogen auf die Ausführungen von Herrn Jede unter TOP 9.5 der heutigen Sitzung mit, dass ihn zwei SMS erreicht haben, wo sich Zuschauerinnen und Zuschauer beschwerten, dass die Stadtverordneten nicht im Bild sind
- nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Walter unter TOP 9.4, 2. Anstrich der heutigen Sitzung und teilt er mit, dass sich Herr Walter die letzten Vergaben anschauen möge, weil im HA am 18.02.2021 debattiert wurde, nach welchen Kriterien überhaupt die Kassendienstleistungen vergeben werden sollen, was nicht geklärt werden konnte; bezogen auf den Preis macht er deutlich, dass hier seines Erachtens nicht die Möglichkeit besteht, einen Vergabemindestlohn oder Tariflohn zu zahlen; des Weiteren teilt er mit, dass für ihn besonders die Unternehmen interessant sind, die nach dem Wach- und Sicherheitsgewerbe im Arbeitgeberverband angebunden sind, ob die danach bezahlen
- nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Berendt unter TOP 9.3, 2. Anstrich der heutigen Sitzung zur Thematik „Mietspiegel“ und teilt mit, dass der Kreistag des Landkreises Barnim am 10.03.2021 abschließend die richtigen Kosten der Unterkünfte beraten und dass dieses dann Gesetzeskraft haben wird; des Weiteren teilt er mit, dass ihm immer wieder Hinweise zugetragen werden, dass dies gerade private Vermieter ausnutzen und Mieterhöhungen vornehmen, weil eben kein aktueller Mietspiegel existiert; aus diesem Grund bittet er die Verwaltung, den Eberswalder Mietspiegel zeitnah auf die Tagesordnungen der Fachausschüsse zu nehmen

#### 9.8 Herr Herrmann:

- bittet die Verwaltung, für den Livestream zukünftig eine andere Form zu finden, so dass von den Plätzen immerhin eine Audio-Übertragung durchgeführt wird, weil er glaubt, dass sonst eine völlig abgehackte Diskussion übertragen wird; darüber hinaus führt er aus, dass es seines Erachtens wie Verwaltungs- und Vorsitzender-TV überkommt, was schade ist, wenn man bedenkt, welcher Aufwand hier betrieben wird; er weist darauf hin, dass er es befürworten würde, wenn beim nächsten Livestream die Audioaufnahmen von den Tisch- und Standmikrofonen ebenfalls übertragen werden, sofern die jeweiligen Stadtverordneten damit einverstanden sind

Herr Boginski teilt mit, dass die Verwaltung die Anregungen mitnehmen und schauen wird, ob andere Möglichkeiten umgesetzt werden können. Er informiert, dass der Livestream für die nächste Sitzung im März 2021 bereits ausgeschrieben und beauftragt wurde. Dennoch wird sich die Verwaltung bemühen, hier einiges nachzujustieren. Herr Boginski macht deutlich, dass die Verwaltung versucht, aus den Vorgaben, die die StVV mit dem Beschluss-Nr.: 15/163/20 „Streaming der öffentlichen Sitzungen Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Eberswalde“ festgelegt hat, das Beste herauszuholen. Würde die StVV der Verwaltung konkrete Vorgaben machen und die Stadtverordneten z. B. sagen, dass sie wollen, dass alle Stadtverordneten auf ihrem Platz gefilmt werden sollen, so hätte die Verwaltung eine konkrete Vorgabe und könnte dementsprechend handeln. Herr Boginski teilt mit, dass die Verwaltung derzeit versucht, den Stadtverordneten entgegenzukommen und die Gesetzlichkeiten einzuhalten, was in der bisher in der StVV beschlossenen Form nicht einfach ist. Er macht deutlich, dass die Verwaltung es befürworten würde, wenn die Stadtverordneten die von ihnen gewünschte Form mit Mehrheitsbeschluss beschließen würden, dann könne die Umsetzung einer veränderten Form angegangen werden.

#### 9.8 Herr Altrichter:

- informiert als Vorsitzender des Kulturbeirates der Stadt Eberswalde, dass eine Online-Umfrage unter den Kulturakteuren der Stadt Eberswalde gestartet wurde, mit dem Ziel, einschätzen zu können, welche Folgen das vergangene Jahr für das kulturelle Leben in der Stadt Eberswalde haben wird; er teilt mit, dass insgesamt 100 Akteure in Eberswalde angeschrieben werden konnten und die Beteiligung von bereits 50 Akteuren an der Umfrage zu verzeichnen war, so dass voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) am 14.04.2021 eine Information gegeben werden kann

#### **TOP 10:**

##### **Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen**

#### HA am 21.01.2021:

Herr Herrmann, Vorsitzender, informiert über die behandelten Beschlussvorlagen.

#### ASWU am 09.02.2021:

Herr Dr. Mai, Vorsitzender, informiert über die behandelten Beschlussvorlagen.

#### AKSI am 10.02.2021:

Herr Prof. Dr. Creutziger, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Beschlussvorlagen.

#### HA am 18.02.2021:

Herr Herrmann, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Beschlussvorlagen.

#### **TOP 11:**

##### **Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen**

Herr Hoeck teilt mit, dass bezogen auf die unter TOP 1 der heutigen Sitzung gegebenen Information, dass Herr Stefan Grohs die Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung ab dem 01.01.2021 erworben hat, eine Unvereinbarkeit gemäß § 43 Absatz 4 Satz 1 der Kommunalverfassung des Lan-

des Brandenburg eingetreten ist. Da die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hierzu keine konkreten Handlungsempfehlungen gibt, wird aus rechtlicher Vorsorge und nach vorheriger Abstimmung mit dem Rechtsamt vorgeschlagen, die Abberufung von Herrn Stefan Grohs als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt vorzunehmen.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis über die Abberufung von Herrn Stefan Grohs als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt: einstimmig zugestimmt

Des Weiteren informiert Herr Hoeck, dass die CDU-Fraktion vorschlägt, Herrn Roy Pringal als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt zu berufen.  
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 17/174/21**

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Stefan Grohs als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt ab und beruft Herrn Roy Pringal als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt.

**TOP 12:**

**Genehmigung von Eilentscheidungen**

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

**TOP 13:**

**Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

**TOP 13.1:**

**Vorlage:** BV/0368/2021 **Einreicher/**

**zuständige Dienststelle:** Bürgermeister

**Resolution der Stadt Eberswalde zum Erhalt des Arbeitsgerichts Eberswalde**

Herr Hoeck teilt mit, dass ein von der Fraktion CDU eingereicherter Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten übersandt wurde.

Des Weiteren wurde eine hierzu von der Fraktion CDU eingereichte Austauschseite vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt (**Anlage 3**), aus der hervorgeht, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde Miteinreicher des Änderungsantrages ist.

Weiterhin informiert Herr Hoeck, dass der von der Fraktion SPD I BFE eingereichte Änderungsantrag vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 4**).

*Herr Boginski teilt als Einreicher der Beschlussvorlage mit, dass die Stadtverordneten ihn und die beiden in der StVV vertretenen Landtagsabgeordneten durch den in der StVV am 15.12.2020 gefassten Beschluss 16/173/20 „Arbeitsgericht in Eberswalde erhalten!“ beauftragt haben, sich für den Erhalt des Standortes des Arbeitsgerichtes in Eberswalde einzusetzen. Er informiert, dass*

*darauhin viele Gespräche geführt und Aktionen getätigt wurden. Des Weiteren informiert Herr Boginski, dass er sich zuallererst mit dem amtierenden Direktor des Arbeitsgerichtes in Eberswalde, Herrn Richter Steffen Marx, verständigt hat und dass dann im Anschluss ein Gespräch mit der Ministerin des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg, Frau Susanne Hoffmann, folgte, an dem der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Herr Mike Schubert, sowie der Bürgermeister der Stadt Senftenberg, Herr Andreas Friedrich, und Herr Boginski teilnahmen. Herr Boginski berichtet, dass es sich hierbei um eine sehr intensive Diskussion handelte, bei der zusätzlich Anwaltskammer und Ähnliches vertreten waren. Herr Boginski führt aus, dass er im Verlauf dieser Diskussion das Gefühl hatte, dass die Ministerin merkte, dass es bei dieser Entscheidung eine Vielzahl von kritischen Hinweisen seitens der betroffenen Städte gibt. Darauhin wurde eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Landtagsabgeordneten Herrn Walter – Herr Lux war leider verhindert – in Eberswalde durchgeführt, um die Bürgerinnen und Bürger über das weitere Vorgehen zu informieren. Als weitere Schritte wurde vereinbart, dass sich der Barnim positioniert, worauhin Herr Boginski sofort Kontakt mit den Amtsdirektoren und Bürgermeistern im Landkreis Barnim aufgenommen hat, die ihm signalisierten, dass sie sich zur beabsichtigten Schließung des Arbeitsgerichtes in der Stadt Eberswalde klar positionieren werden und das Schreiben, das ähnlich dem ist, was heute zur Beschlussfassung vorliegt, unterzeichnet haben. Klar war allen, dass es weder um einzelne Städte geht, sondern vielmehr um den gesamten Nordosten Brandenburgs. Des Weiteren haben die Bürgermeister der großen Städte des Nordostens Brandenburgs sofort ihre Bereitschaft zu einem gemeinsamen Termin in der Stadt Schwedt/Oder erklärt, um dort ihr ganz persönliches Statement abgeben zu können. Auch die Online-Petition zum Erhalt des Arbeitsgerichtes in Eberswalde ist auf allen Homepages dieser Städte vorhanden. Aus diesem vereinten Miteinander ist zu erkennen, dass der gesamte Nordosten Brandenburgs solidarisch füreinander eintritt. Er weist darauf hin, dass die Stadt Angermünde, die erste Kommune war, die einen entsprechenden StVV-Beschluss gefasst und ihre Unterstützung in der Angelegenheit signalisiert hat. Weiterhin informiert Herr Boginski, dass sich auch die Landtagsabgeordnete Frau Carla Kniestedt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei ihm über die Hintergründe dieser Resolution informiert hat. Auch die Stadt Potsdam hat hierzu zwei Beschlüsse gefasst, aus denen hervorgeht, dass sie ihre Position gegenüber dem Ministerpräsidenten und dem Landtag des Landes Brandenburg deutlich machen werden, dass sie mit der geplanten Entscheidung nicht einverstanden sind.*

*Herr Zinn teilt mit, dass er grundsätzlich für den Erhalt des Eberswalder Standortes des Arbeitsgerichtes ist, aber dass das, was er derzeit seit ca. zwei bis drei Wochen erlebt und aufgrund der anhaltenden Diskussion zur Beschlussvorlage ihn in seiner Annahme bestärkt, der Resolution nicht zuzustimmen. Als Grund hierfür nennt er, sowohl den Inhalt der Resolution als auch die Berichterstattungen in den Zeitungen „Märkische Oderzeitung“, „Neues Deutschland“ und „Potsdamer Neueste Nachrichten“. Nach sorgfältiger Lesung aller Artikel hat er sich gefragt, wo die Resolution zur Bildung von Betriebsräten im Stadt- und Kreisverband AWO Eberswalde, bei Märkisch Edel, bei der Technische Werke Eberswalde GmbH, bei der Wiese Backwaren GbR oder zur tarifpolitischen Vergütung im Werner Forßmann Krankenhaus ist. Weiterhin teilt Herr Zinn mit, dass er sich vergangenen Freitag in einem längeren Telefonat mit dem zuständigen Fachministerium unterhalten hat, um zu erfahren, wie es mit diesem Sachverhalt weitergehen soll und er selbst auch sehr gespannt auf den Gesetzesentwurf der Landesregierung des Landes Brandenburg wartet, um dann Fragen wie Außenstelle oder Außenkammer zu qualifizieren. Herr Zinn macht deutlich, dass er sich nicht zu einem Steigbügelhalter eines Hauptverwaltungsbeamten oder eines Landtagsabgeordneten*

*machen lässt. Darüber hinaus findet er es schon interessant, wenn er hier hört. Wir können Landtagsabgeordnete gar nicht beauftragen, da sie alleine ihren Wählerinnen und Wählern verpflichtet sind.*

*Herr Boginski macht deutlich, dass er sich für den Erhalt des Arbeitsgerichtes am Standort Eberswalde stark macht, weil es zwingend notwendig ist, dass ein Arbeitsgericht im Nordosten Brandenburgs – für jeden auch für sozial Schwache – gut erreichbar ist. In diesem Zusammenhang weist Herr Boginski auf die negativen Folgen, die sich im Nachgang der vorgenommenen Polizei- und Schulreform ergeben haben, hin. Auch sollten seines Erachtens Kompromisslösungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterbreitet werden, um eine hierdurch befürwortete Schwächung des Nordosten Brandenburgs nicht zu unterstützen, weil es durchaus sein kann, dass diese gewährt und in zwei bis drei Jahren letztendlich abgeschafft werden.*

*Herr Zinn bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Boginski, der sich für die sozial Benachteiligten geäußert hat und teilt mit, dass er aufgrund seiner Erfahrungen als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht in Frankfurt (Oder) im Bilde ist, was die Betroffenen dort teilweise über mehrere Jahre aushalten müssen und dass die Fälle im Arbeitsgericht dagegen mehr als privilegiert sind. Darüber hinaus teilt er mit, dass, wenn die Stadtverordneten denken, dass die Hauptverwaltungsbeamten des Nordostens Brandenburgs hinter der Resolution stehen, sie sich doch einmal die Gemeindevertretung in der Gemeinde Schorfheide oder die StVV in der Stadt Bernau bei Berlin anschauen sollten, auf deren Tagesordnung keine Resolution o. Ä. zu finden ist. Des Weiteren ist er der Ansicht, dass sich 85 - 90 % der Einwohnerinnen und Einwohner für diese Problematik überhaupt nicht interessieren.*

Herr Grohs beantragt im Namen der Fraktion CDU, dass vor der Abstimmung eine fünfminütige Auszeit vorgenommen wird.

Im Ergebnis der Diskussion ist zu erkennen, dass sich alle Fraktionen einig sind, den Druck für den Erhalt des Arbeitsgerichtes in der Stadt Eberswalde gegenüber der Landesregierung des Landes Brandenburg aufrechtzuerhalten und parteiübergreifend ihre Kräfte zu bündeln, um so für den Erhalt des Eberswalder Standortes des Arbeitsgerichtes zu kämpfen. Des Weiteren wurde deutlich, dass noch kein Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Strukturreform der Arbeitsgerichtsbarkeit vorliegt und man aus diesem Grund keine Kompromisse eingehen sollte, was dem mit der Resolution verbundenen Protest abträglich wäre. Nach Ansicht einiger Stadtverordneter sind bestimmte Formulierungen in der Resolution zu scharf formuliert, andere meinen die Vernetzungsfunktion, die die Stadt Eberswalde in beide Richtungen des Nordosten Brandenburg wahrnimmt, komme nicht richtig zum Ausdruck.

Herr Hoeck teilt mit, dass die fünfminütige Auszeit vorgenommen wird.

Herr Grohs teilt im Ergebnis mit, dass der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion SPD I BFE und der vorliegende Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis Eberswalde zu einem gemeinsamen gleichberechtigten Änderungsantrag inhaltlich zusammengefasst werden und dass die Resolution – sofern dem Änderungsantrag zugestimmt wird – dahingehend geändert wird.

Herr Walter beantragt im Namen der Fraktion DIE LINKE. die Vornahme der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktionen SPD I BFE, CDU und Bündnis Eberswalde.

Die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion SPD | BFE, CDU und Bündnis Eberswalde wird vorgenommen:

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Banaskiewicz	Frank		X	
2.	Blum	Simone		X	
3.	Boginski	Friedhelm		X	
4.	Prof. Creutziger	Johannes	X		
5.	Dietterle	Oskar			X
6.	Eberhardt	Florian		X	
7.	Funk	Johanna	X		
8.	Grohs	Stefan	X		
9.	Grohs	Uwe	X		
10.	Herrmann	Götz	X		
11.	Hiekel	Ronny	X		
12.	Hoeck	Martin			X
13.	Jede	Viktor	X		
14.	Jur	Danko	X		
15.	Krieg	Thomas		X	
16.	Landmann	Lutz	X		
17.	Lux	Hardy	X		
18.	Dr. Mai	Hans	X		
19.	Mertinkat	Christian	X		
20.	Oehler	Karen	X		
21.	Ortel	Dietmar	X		
22.	Parys	Heinz-Dieter		X	
23.	Parys	Sabrina		X	
24.	Passoke	Volker		X	
25.	Stegemann	Thomas	X		
26.	Trieloff	Götz		X	
27.	Walter	Katharina		X	
28.	Walter	Sebastian		X	
29.	Weingardt	Tilo		X	
30.	Wolfgramm	Mirko			X
31.	Wrase	Ringo	X		
32.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage mit den befürworteten Änderungen: mehrheitlich zugestimmt

**Beschlusstext:****Beschluss-Nr.: 17/175/21**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde stimmt der im Anhang befindlichen „Resolution der Stadt Eberswalde zum Erhalt des Arbeitsgerichts Eberswalde“ zu und fordert den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg auf, sich für den Erhalt des Arbeitsgerichts Eberswalde einzusetzen.

**TOP 13.2:****Vorlage:** BV/0355/2021 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt**Bebauungsplan Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“****Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung****Beschluss über die öffentliche Auslegung**

Herr Walter stellt im Namen der Fraktion DIE LINKE. zur Anlage 2 der vorliegenden Beschlussvorlage den Änderungsantrag, auf Seite 18, Punkt 5 „Planinhalt, Abwägung und Begründung“, Unterpunkt 5.1.1 „Art der Nutzung, Textliche Festsetzung 1“ den 2. Absatz zu streichen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:****Beschluss-Nr.: 17/176/21****1. Kenntnisnahme der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange in der als Anlage 1 beigefügten Synopse vom 26.11.2020 zur Kenntnis, die Maßgabe für die weitere Erarbeitung des Entwurfes sind.

**2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss**

Die Stadtverordnetenversammlung billigt den nach Maßgabe der Synopse vom 26.11.2020 erarbeiteten und als Anlage 2 beigefügten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“, einschließlich seiner Begründung in der vorliegenden Fassung vom 11.01.2021.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 606 „Christel-Brauns-Weg“ und seine Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen. Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.

**3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung ortsüblich bekannt zu machen und mitzuteilen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.

**TOP 13.3:**

**Vorlage:** BV/0367/2021 **Einreicher/**

**zuständige Dienststelle:** 02.21 - Referat für soziale Teilhabe und  
Integration

**Aufhebung der "Richtlinie für die Gewährung eines 'Eberswalde-Passes'"**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 17/177/21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung der „Richtlinie für die Gewährung eines ‚Eberswalde-Passes“.

**TOP 13.4:**

**Vorlage:** BV/0380/2021 **Einreicher/**

**zuständige Dienststelle:** 40 – Amt für Bildung, Jugend und  
Sport

**Umgang mit Grundgebühren und Essengeld in der Corona-Pandemie**

Herr Hoeck teilt mit, dass eine Austauschseite seitens des Einreichers der Beschlussvorlage vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 5**).

*Herr Zinn teilt mit, dass er diese Beschlussvorlage sehr gut findet. Nichtsdestotrotz kritisiert er, dass die Beschlussvorlage erst vier Tage vor der StVV übersandt wurde und der zuständige Fachausschuss mit der Begründung, dass keine Themen vorhanden waren, ausgefallen ist. Weiterhin teilt Herr Zinn mit, dass er es befürwortet hätte, wenn die Beschlussvorlage im AWF und im zuständigen Fachausschuss diskutiert worden wäre.*

*Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass es aufgrund einer rechtlichen Prüfung nicht möglich war, die Beschlussvorlage zusätzlich in die Fachausschüsse einzubringen. Weiterhin teilt Herr Prof. Dr. König mit, dass er bereits im HA am 18.02.2021 ausführlich zu diesem Thema Stellung bezogen hat.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**Beschlusstext:**

**Beschluss-Nr.: 17/178/21**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem geplanten Vorgehen der Verwaltung, in der aktuellen Situation eine Entlastung der Eltern bei den Kita-Grundgebühren und dem Essengeld anzustreben, zu.

Daher beauftragt die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung, als Trägerin von 14 Kindertagesstätten, ihre Elterninformation umzusetzen und

1. auf den Einzug der vollständigen Grundgebühr und des Essengeldes zu verzichten, wenn:
  - I.) es keinen Anspruch auf Notbetreuung im Hort gab/gibt.
  - II.) trotz Anspruch auf Betreuung (Krippe, Kindergarten oder Hort) auf diese freiwillig und vollständig verzichtet wurde/wird.
2. auf den Einzug der hälftigen Grundgebühr und des Essengeldes zu verzichten, wenn:

I.) in Krippe, Kindergarten und Hort freiwillig nur bis max. 50 % der vereinbarten  
Betreuungsstunden in Anspruch genommen wurde/wird.

3. die entgangenen Einnahmen gemäß der „Zweiten Richtlinie des Ministeriums für Bildung,  
Jugend und Sport über die Gewährung von Zuwendungen zum Ausgleich von entgangenen  
Elternbeiträgen in der Kindertagesbetreuung in Folge der prioritär umzusetzenden Maßnahmen  
zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 und Covid-19 in Brandenburg  
(2. RL Kita-Elternbeitrag Corona 2021)“ für die Dauer der Richtlinie (gilt gegebenenfalls auch  
für eine Verlängerung) zu beantragen.

#### **TOP 13.5:**

**Vorlage:** BV/0396/2021 **Einreicher/**

**zuständige Dienststelle:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt  
und Natur,  
Fraktion CDU,  
Fraktion FDP I Bürgerfraktion Barnim

#### **Online-Sitzungen wegen COVID 19 Infektionslage**

Herr Lux beantragt im Namen der Fraktion SPD I BFE eine dreiminütige Auszeit.

Herr Hoeck teilt mit, dass die dreiminütige Auszeit vorgenommen wird.

*Herr Boginski bittet im Ergebnis einer verwaltungsinternen Erörterung der Sachlage an die Einreicher der Beschlussvorlage gerichtet, nachstehende Änderungen im Beschlussvorschlag vorzunehmen:*

- *im Punkt 2 ist die namentliche Abstimmung zu streichen, weil diese nicht durch die Brandenburgische kommunale Notlagenverordnung (BbgKomNotV) abgedeckt ist und dieser Passus müsste durch „erfolgt gemäß § 11 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde grundsätzlich durch Hand- oder Kartenzeichen“ ersetzt werden*
- *der Punkt 4 ist in Gänze zu streichen, weil er gesetzlich keineswegs abgesichert ist*

*Herr Dietterle teilt im Namen der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur als Miteinreicher der Beschlussvorlage mit, dass er der vorgeschlagenen Streichung von Punkt 4 des Beschlussvorschlages zustimmt, sofern die anderen Miteinreicher dies auch befürworten. Er merkt an, dass dies einer Erörterung aller Miteinreicher bedarf. An die anwesenden Stadtverordneten gerichtet, fragt Herr Dietterle, ob es Stadtverordnete gibt, die gemäß § 6 BbgKomNotV nicht die Möglichkeit haben, während der Sitzungen ständig und gleichzeitig durch Bild- und Tonübertragung an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen könnten, weil dies Voraussetzung zur Vornahme von Videositzungen ist.*

*Herr Hoeck teilt mit, dass sich drei der anwesenden Stadtverordneten auf diese Frage gemeldet haben.*

Herr Trieloff bittet im Namen der Fraktion FDP I Bürgerfraktion Barnim als Miteinreicher der Beschlussvorlage, den Beschlussvorschlag im Punkt 1, 1. Satz um den Satz „Wenn die Umstände es irgend ermöglichen, ist der Präsenzveranstaltung der Vorzug zu geben“ zu ergänzen.

Herr Walter stellt im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag auf Überweisung der Beschlussvorlage in den HA, um alle rechtlichen Fragen, wie z. B.

- Streichung von Satz 2 im Punkt 1 des Beschlussvorschlages, weil dieser seines Erachtens im Widerspruch zur BbgKomNotV steht und weil hierzu eine Grundsatzentscheidung durch die Stadtverordneten zu treffen wäre,
- Streichung von Audiositzungen, aber das Zulassen von Videositzungen,
- Punkt 4 ist rechtlich nicht gedeckt und müsste gestrichen werden,
- Sicherstellung der im Punkt 6 formulierten Anforderungen durch die Verwaltung im Vorhinein klären zu können.

Herr Prof. Creutziger teilt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Miteinreicher der Beschlussvorlage auf die von Herrn Trieloff vorgeschlagene Ergänzung mit, dass er hierzu keine Bedenken hat und diese entsprechend vorgenommen werden könnte. Auch die Streichung des Punkt 4 im Beschlussvorschlag der Beschlussvorlage kann aus seiner Sicht vorgenommen werden, obwohl er nicht nachvollziehen kann, dass alles was die Stadtverordneten zu dieser Thematik beschließen, sich auf die BbgKomNotV beziehen muss.

Bezogen auf den 1. Anstrich der Anmerkungen von Herrn Walter, teilt Herr Prof. Creutziger mit, dass sich diese Formulierung aus § 4 Absatz 1 Satz 3 der BbgKomNotV ergibt.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Überweisung der Beschlussvorlage in den HA: mehrheitlich zugestimmt

Herr Hoeck beendet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20:44 Uhr.

Herr Jur verlässt um 20:45 Uhr die Sitzung (**31 Stimmberechtigte anwesend**).

Martin Hoeck  
Vorsitzender der  
Stadtverordnetenversammlung

Kaminski  
Schriftführerin

---

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen

**Sitzungsteilnehmer/innen:**

- **Bürgermeister**  
Friedhelm Boginski
  
- **SPD | BFE**  
Götz Herrmann  
Dr. med. Julia Kraushaar                   entschuldigt  
Lutz Landmann  
Katja Lösche                               entschuldigt  
Hardy Lux  
Dr. Hans Mai  
Thomas Stegemann  
Ringo Wrase
  
- **DIE LINKE.**  
Sabine Büschel                           entschuldigt  
Irene Kersten                           entschuldigt  
Volker Passoke  
Katharina Walter  
Sebastian Walter
  
- **CDU**  
Stefan Grohs  
Uwe Grohs  
Danko Jur                               anwesend bis 20:45 Uhr  
Dietmar Ortel
  
- **FDP | Bürgerfraktion Barnim**  
Frank Banaskiewicz  
Simone Blum  
Martin Hoeck  
Götz Trieloff
  
- **Bündnis 90/Die Grünen**  
Prof. Johannes Creutziger  
StRin Johanna Funk  
Prof. Dr. Heike Molitor               entschuldigt  
Karen Oehler

- **Alternative für Deutschland**  
 Florian Eberhardt  
 Thomas Krieg  
 Tilo Weingardt
  
- **Bündnis Eberswalde**  
 Ronny Hiekel  
 Viktor Jede  
 Christian Mertinkat
  
- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**  
 Oskar Dietterle  
 Mirko Wolfgramm
  
- **AfD "Die Mitte"**  
 Heinz-Dieter Parys  
 Sabrina Parys
  
- **fraktionslos**  
 Carsten Zinn
  
- **Dezernent/in**  
 Maik Berendt  
 Prof. Dr. Jan König
  
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**  
 Tim Altrichter  
 Dr. Charlotte Canditt
  
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**  
 Johan Bodnar  
 Udo Götze  
 Dr. Frank Henschel  
 Edmund Lenke  
 Stefan Prescher